

Über die GNBZ

[Ziele](#)[Beiträge](#)[Mitgliedschaft](#)

Presse

[Pressemitteilungen](#)

Publikationen

[Standpunkte](#)

Download

Kontakt

[Ansprechpartner](#)[Impressum](#)

Pressemitteilung

Stellungnahme zum Beschluss der Regierung zur Einführung des Mindestlohnes

Pressemitteilung vom 21.12.2007.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse rund um die PIN-Gruppe sehen wir uns gezwungen, auf diesem Wege erneut Stellung zu nehmen:

1. Die Bundesregierung hat nach Berichten offenbar beschlossen, den von der GNBZ abgeschlossenen Tarifvertrag zu ignorieren. Das verstößt nach unserer Rechtsauffassung gegen Recht und Gesetz, insbesondere das Grund- und das Arbeitsgerichtsgesetz. Die GNBZ wird diese Fragen baldmöglichst einer rechtlichen Klärung zuführen.
2. Als Ergebnis einer scheinbar arbeitnehmerfreundlichen Politik drohen die ersten 9.000 Arbeitsplätze vernichtet zu werden. Nach Presseberichten steht die PIN-Gruppe vor dem Aus. Das wird die Deutsche Post AG freuen, aber die eine Frage muss erlaubt sein:

Frau Dr. Merkel, Herr Scholz: Ist der Bezug von Arbeitslosengeld wirklich besser für die Arbeitnehmer der Branche als ein tariflicher, vernünftiger Mindestlohn ?

Geradezu beispiellos hat die Regierung es geschafft, "ihr" ehemaliges Bundes-Sondervermögen vor unliebsamer Konkurrenz zu schützen. Als Konsequenz drohen dabei, Tausende von Arbeitsplätzen verloren zu gehen.

3. Die GNBZ, deren Mitglieder zu einem erheblichen Teil bei der PIN-Gruppe tätig sind, wird weiterhin um die gefährdeten Arbeitsplätze und für die Wirksamkeit der abgeschlossenen Vereinbarungen kämpfen.